



Biwöchlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer
fünftelligen Zelle in Beitragschrift 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Nr. 468. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtshalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Mittwoch, den 7. Oktober 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Kopenhagen. 5. Okt. Der Reichsrath wählte in seiner heutigen Sitzung einen Ausschuss von neun Mitgliedern zur Berathung des Grundgesetzes.

Prinz Oscar von Schweden ist in Glücksborg eingetroffen, wohin sich heute Abend auch sämtliche Minister zur Feier des morgen stattfindenden Geburtstages des Königs von Dänemark begeben werden.

Frankfurt a. M. 6. Okt. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung der darmstädtischen Bank für Handel und Industrie die Erlaubnis erteilt, auf hiesigem Platze eine Zweigniederlassung zu errichten.

Preußen.

Berlin. 6. Oktober. [Amtliches.] Se. Majestät der Könige haben alljährlich geruht: Den General-Lieutenant a. D. Johann Andreas Friedrich Stiehle zu Berlin in den Adelstand zu erheben und den seitherigen Director der großherzoglich mecklenburgischen Irrenanstalt in Sachsenberg, Ober-Medizinalrath Dr. Nasse, zum Director der Provinzial-Irrenanstalt in Siegburg unter Verleihung des Charakters als Geheimer Medizinalrath zu ernennen, sowie dem Fabrikbesitzer Krämer zu Waldenburg den Charakter als Commerzien-Rath zu verleihen.

Das dem Maschinenfabrikanten Ewald Hilger zu Essen unter dem 31. Juli 1861 ertheilte Patent auf eine Tuchpresstmachine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammenfügung, ohne Ziemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben worden.

(Staats-Anz.)

[Im Herrenhause sind folgende Vacanzen] eingetreten:
1) Grafenverband der Rheinprovinz: Graf Hugo Beyensel von Gymnich, gestorben; 2) Alter und bestiger Grundbesitz in Cleve, Niederrhein und Nieder-Sülich: Freiherr Rudolf v. Wendt, gestorben; 3) Universität Königsberg: Professor Dr. Voigt, gestorben; 4) Stadt Berlin: Oberbürgermeister Krausnick; 5) Stadt Brandenburg: Oberbürgermeister Brandt; 6) Stadt Breslau: Oberbürgermeister Elwanger; 7) Stadt Köln: Oberbürgermeister Stupp; 8) Stadt Danzig: Oberbürgermeister Groddeck, sämmtlich bei Ablauf ihrer Amtszeit nicht wiedergemählt. Neue Präsentationen sind noch nicht erfolgt; oder, wo sie erfolgt sind, ist die Berufung verweigert worden.

[Zu den Wahlen.] Es ist im 4. Wahlbezirk an Major Steinhardt's Stelle, da die Wahl Johann Jacoby's im 3. Wahlbezirk gesichert ist, Stadtverordneten-Vorsteher Kochmann als Candidat empfohlen worden. Berlin zählt unter seinen neuen Abgeordneten bis jetzt eigentlich noch keinen einzigen Repräsentanten seines kernwüchsigen Bürgerstandes. Herr Kochmann war früher Bäckermeister hier selbst und hat sich, nachdem er sein Geschäft veräußert, mit jenem Eifer dem städtischen Wesen gewidmet, welcher eine Hauptzweck unseres intelligenten Bürgerstandes ist; er ist ein Mann, der zwar gerade nicht durch glatte Diction zu glänzen weiß, dafür aber Herz und Kopf an der rechten Stelle hat. Berlin könnte sich zu einer solchen Wahl nur Glück wünschen.

[Das Wahlrecht des Militärs.] Mehrere offiziöse Correspondenzen enthalten Erläuterungen zu der bereits erwähnten Kabinettsordre, nach welcher in Zukunft die Offiziere und Mannschaften des stehenden Heeres und der Marine in keiner Weise mehr dienstlich zur Ausübung des Wahlrechts veranlaßt werden sollen. Danach ist in militärischen Kreisen schon längst erwogen worden, ob es sich nicht empfehle, das Heer von der Ausübung des aktiven Wahlrechts ganz auszuschließen, da Conflicte mit den Forderungen der militärischen Disziplin nahe liegen. Man führt an, daß nach Art. 70 der Verfassung künftig das Wahlrecht an die Fähigkeit zu den Gemeindemahlen geknüpft werden soll, so daß das Wahlrecht der Militärs ohnehin erloschen würde, wenn die Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 durch ein definitives Wahlgesetz ersetzt würde. — Bis dahin dürfte nun wohl in Folge der erwähnten Kabinettsordre eine thatsächliche Enthaltung der Offiziere und Mannschaften in sehr weitem Umfange eintreten.

[Die Etats.] Die „B. u. H.-Z.“ schreibt: Unsere Nachricht, daß dem Landtage noch vor Ablauf dieses Jahres der Staatsausgaben-Etat für 1864 vorgelegt werden soll, wird aus guten Quellen bestätigt. Gleichzeitig erfährt man auch, daß dahin gestrebt wird, auch den Etat für 1865 noch im Laufe dieser Session vorzulegen. In demselben wird die Reorganisation der Armee bereits vollständig durchgeführt erscheinen, so daß es sich bei diesem Etat in der Budgetberathung gar nicht mehr um die Frage handeln würde, ob der Reorganisationsaufwand zu bewilligen, sondern lediglich um Anerkennung der in den Etat aufgenommenen Ausgaben für den regelmäßigen Bedarf der Armeeverwaltung.

[Erklärung Badens in Bezug auf die Bundesrepublik.] Die von der badischen Regierung in der jüngsten Bundestags-Sitzung in Betreff der in Holstein zu vollziehenden Execution gegen Dänemark abgegebene Erklärung lautet:

„Die großherzogliche Regierung hat bereits in ihrer am 9. Juli d. J. in der 22. Sitzung der hohen Bundesversammlung abgegebenen Erklärung, wonach sie ihre von den Anträgen der vereinigten Ausschüsse abweichende Abstimmung begründete, sich dahin ausgesprochen, daß sie von Verfolgung des damals in Aussicht genommenen Executionsverfahrens auf der Basis von Grundlagen, welche Dänemark ferner anzuerkennen verweigert hat, keinerlei irgend wünschenswerthen Erfolg für das künftige Los der deutschen Herzogthümer vorauszusehen vermöge. Von dem Beharren auf dem Wege einer in dem Herzogthum Holstein sich vollziehenden Execution vernag die großherzogliche Regierung auch jetzt nicht die Errichtung eines für das Interesse der Herzogthümer segensreichen Resultats oder die endliche Gestaltung einer dem deutschen Rechte entsprechenden Ordnung der politischen Verhältnisse der Herzogthümer zu erhoffen. Fest in ihrer damals ausgesprochenen Ueberzeugung, die hervorragt aus ernster Erwägung der bestehenden politischen Zustände des Gesamtwaterlandes wie der rechtlichen Lage der Dänemark schwedenden Streitfrage, kann die großherzogliche Regierung trotz der erneuerten Weigerung und selbst drohender Hinweisungen der mit ihrer bundesrechtlichen Stellung im Widerstreite befindlichen königlich herzoglichen Regierung der Einleitung des Executionsverfahrens gegen dieselbe nicht zustimmen. Dagegen erachtet sie durch die seitens der königlich-herzoglichen Regierung stattgefundenen beharrliche, auf erlangte Aufforderung fortgesetzte Misshandlung vertragssämiger Verbindlichkeiten nunmehr den deutschen Bunde und die ihn bildenden deutschen Bundesstaaten auch ihrerseits für befreit von allen, durch die Vereinbarungen von 1851 und 1852 und die darauf gegründeten Ordnungen für sie geschaffene Verpflichtungen. Sie erkennt ihrerseits nur noch in dem unveränderten alten, den europäischen Verträgen vielfach sanctionirten Rechte die ferner bestehende Grundlage des Staatsrechts der Herzogthümer und dessen künftiger Entwicklung. Sie betrachtet dieses Recht wieder hergestellt in allen seinen Theilen für das Verhältniß der beiden Herzogthümer Holstein und Schleswig unter sich, für die gegenwärtigen und künftigen Beziehungen derselben zum deutschen Bunde, und vor Allem in Betreff der legitimen in den Herzogthüs-

mern allein geltenden Erbhuldigung des herzoglichen Hauses. Mit dieser Erklärung verbindet die großherzogliche Regierung aber den wiederholten Ausdruck ihrer Bereitwilligkeit, an Maßregeln, die von der Mehrzahl ihrer Bundesgenossen beschlossen werden, die ihr zufallende Mitwirkung nach allen ihren Kräften zu leisten, wie auch zu jeglicher Abwehr der Vergewaltigung deutlichen Rechts die Hand zu bieten.

[Die Deputation der berliner Communal-Behörden zur Feier der leipziger Schlacht] wird sehr zahlreich sein. Durch Communalbeschluß ist nämlich festgesetzt worden, daß dieselbe aus den Stadtältesten, welche im Jahre 1813 Combattanten waren, dem Ober-Bürgermeister, dem Bürgermeister, 8 Stadträthen, dem Stadtverordneten-Vorsteher und seinem Stellvertreter, 18 Stadtverordneten, mehreren Bezirks-Vorstehern, Vorstehern der Armen- und Schul-Commissionen, Servis-Verordneten, Bürger-Deputirten, Schiedsmännern und 2 Communalbeamten zusammengefaßt werden soll. Die Zahl der Veteranen, welche auf Kosten der Stadt nach Leipzig befördert werden können, soll höchstens 400 betragen, indeß wird diese Zahl schwerlich erreicht werden, da viele Veteranen die Reise zu machen außer Stande sind.

[Das Staatsministerium] trat heute Nachmittag 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

[Reg.-Rath v. Keudell.] Daß der Ober-Präsidialrath, Reg.-Rath v. Keudell zum 15. Oktober als Hilfsarbeiter in's Ministerium des Innern berufen sei, hält die „Kreuztg.“ für einen Irrthum, indem sie von einer Berufung des Herrn v. Keudell zur Dienstleistung bei dem Präsidenten des Staatsministeriums, von Bismarck, gehört hat.

[Der Regierungs-Präsident v. Möller] aus Köln wurde am 3. d. M. nach Baden-Baden zum Könige berufen, wohin sich der Ober-Präsident der Rheinprovinz, Herr v. Pommer-Esche, schon früher begeben hatte.

[Zum Festredner bei der leipziger Feier] ist der Bürgermeister Dr. Koch aus Leipzig, und falls dieser, wie vorauszusehen ist, seiner angegriffenen Gesundheit wegen ablehnen sollte, Gustav Freytag bestimmt.

[Entlassung von Arbeitern.] In der Geschäftswelt macht die Entlassung einer großen Anzahl von Arbeitern aus den Werkstätten der hiesigen Actiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbetrieb Aufsehen. Gerüchte geben die Zahl der Entlassenen mit starker Übertreibung auf 800 an. Wie wir erfahren, ist die Zahl nicht so hoch, doch dürfte die der jetzt regelmäßig Beschäftigten allerdings kaum über 600 betragen, während sie noch vor nicht langer Zeit 1300 erreicht hatte. In der letzten Zeit ist allmählich etwa 500 Arbeitern gefündigt worden.

[Für Herrn Maurach.] der bekanntlich zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen ernannt ist, wird, wie es heißt, der frühere Polizeidirector in Elberfeld, Hirsch, nach Königsberg als Polizeipräsident gehen.

[Der Prozeß gegen den Dr. Lassalle] wegen seiner Broschüre „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiters“ kommt am 12. vor dem Kammergericht in zweiter Instanz zur Verhandlung. Der Angeklagte, in erster Instanz zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt, hat zu der zweiten Verhandlung u. a. Herrn Schulze-Delitzsch als Entlastungszeugen laden lassen.

[Pressoprozeß.] Wegen der Nr. 29 des „Fortschritts“ hatte die Staatsanwaltschaft gegen den Redacteur dieses Blattes, Herrn Julius Waleśrode, Anklage erhoben und das Stadtgericht denselben wegen Beleidigung des Herrenhauses zu 100 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Gegen dies Erkenntniß hat der Staatsanwalt appellirt und Gefängnißstrafe beantragt. Der Vertheidiger, Herr Justizrat Simson, führte namentlich aus, wie notwendig es sei, gegen den Redacteur eines politischen Blattes mildernde Umstände gelten zu lassen, da hinter jeder Silbe irgend etwas verborgen sei, das flüchtig gelesen und nicht bemerkt, eine Anklage im Gefolge habe. Der Gerichtshof (Vorsitzender Nicolo-vius) änderte indessen das Erkenntniß erster Instanz dahin ab, daß er auf 4 Wochen Gefängniß erkannte.

[Stettin, 5. Okt.] [Insultirung des Ministerpräsidenten.] Wie die „N. St. Z.“ hört, ist von Seiten des Herrn Oberpräsidenten an die Direction der Berlin-Stettiner Eisenbahn die Benachrichtigung gekommen, daß der Minister-Präsident v. Bismarck auf seiner jetzigen Reise durch Pommern auf dem Bahnhof zu Belgard zweimal insultirt sei. Die betreffenden Bahnhauptbeamten, welchen die Polizei auf dem Bahnhof obliegt, sollen deshalb zur Verantwortung gezogen werden.

[Prenzlau, 3. Okt.] [Der Apostel der „Kreuzzeitung“-Partei.] Herr Justizrat Wagners bereit jetzt unsere Provinz. In der heute abgehaltenen Versammlung der Conservativen, von etwa 200 Personen, größtentheils Landleuten, besucht, wurde beschlossen, die Herren Justizrat Wagners und Landschaftsrath v. Wedell als Candidaten bei der Abgeordnetenwahl aufzustellen. Die liberale Partei beabsichtigt, Herrn Grabow und Herrn v. Ballentini zu wählen.

[Mühlheim a. Rh., 4. Okt.] [Conflict zwischen Stadtverordnetenversammlung und Landrat.] Der einstimmig gefaßte Beschuß der hiesigen Stadtverordneten, sich an dem Nationalfest in Leipzig zu beteiligen und sich durch zwei ihrer Mitglieder vertreten zu lassen, ist (wie bereits im heutigen Morgenblatt kurz gemeldet), von dem Herrn Landrat unter Bezugnahme auf den § 83 der Städteordnung (§ 83 ist derselbe, nach welchem auch die Adreß an den König nicht zu den Befugnissen der Stadtverordneten gehört) beanstanden worden. Unseres Wissens der erste Fall dieser Art in Preußen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich bei dieser Verfügung nicht beruhigen wird. Morgen Nachmittag ist Sitzung derselben.

[Deutschland.]

[Frankfurt, 5. Okt.] [Der Stand der Verhandlungen in der polnischen Frage.] Die so eben erschienene „Europe“ bringt über den Stand der Verhandlungen in der polnischen Frage und über eine in Wien übergebene Depesche Lord John Russell's folgende, ihre neulichen Angaben ergänzende Daten: Frankreich erwarte von Desterreich und England wirksame Vorschläge, und die Kabinete von Wien und London seien in dieser Beziehung nicht unthätig. Graf Rechberg warte die Rückkehr des Kaisers Franz Joseph nach Wien ab, da früher über eine neue Haltung Desterreichs in der polnischen Frage keine Entscheidung getroffen werden könne. Das wiener Kabinett werde durch Temporisiren den schrecklichen Zustand in Polen nicht verlängern, und schreke zurück vor dem Gedanken einer derartigen Verantwortung. Dies

sei dem englischen Kabinett nicht verhehlt worden, und am 30. Sept. begab sich Lord Bloomfield zum Grafen Rechberg, und teilte ihm den Inhalt des Entwurfs einer von Lord Russell redigirten identischen Note mit, die in Form einer Depesche nach Petersburg geschickt werden solle. Dieser Entwurf enthält folgende Punkte:

Die Regierung der Königin Victoria ist ganz der Meinung des Fürsten Gortschakoff, daß es zwecklos wäre, die Discussion zu verlängern; sie hält die Debatte für geschlossen, nimmt jedoch Act von der Versicherung Russlands, daß es in Betreff Polens noch immer die besten Absichten habe. Da jedoch diese Absichten nicht zu Thatsachen werden und die Lage Polens sich in der traurigsten, unmenschlichsten Weise verschärft, so zieht England daraus den Schluß, daß Russland durch Nichterfüllung der ihm durch die Verträge von 1815 auferlegten Verpflichtungen die Rechte auf Polen verloren habe, welche in diesen Verträgen begründet sind.

Die „Europe“ spricht sich gegen diesen Russellschen Entwurf einer identischen Note aus, und glaubt auch nicht, daß derselbe jemals angenommen wird. Für Desterreich wäre eine solche Erklärung der Krieg, zu dem es sich doch erst herbeilassen könnte, wenn Frankreich und England dazu fest entschlossen sind. Nebrigens würde man Russland damit nur einen Gefallen erweisen, da es antworten könnte, daß mit den Verträgen von 1815 auch für die Mächte das Recht jeder Einmischung in die polnischen Angelegenheiten wegfallen. Allerdings wäre die Situation sehr vereinfacht, wenn Frankreich und England nach Abgang dieser identischen Erklärung nach Petersburg zum Kriege bereit wären. Die „Europe“ drückt in dieser Beziehung jedoch ernst Zweifel aus und schließt mit dem Versprechen, hierüber sowohl als über gewisse vertrauliche Unterhaltungen des Kaisers der Franzosen mit dem Fürsten Metternich demnächst Ausführlicheres mitzuteilen. (Presse.)

[Koburg, 30. Sept.] [Ordenen.] Außer dem Staatsrath Francke sind noch zwei andere Koburger neuerlich mit österreichischen Orden dekoriert worden, nämlich der Haus-Obermarschall Fr. v. Wangenheim und der Geh. Kabinettsrath v. Mepern. Ersterer erhielt das Großkreuz der eisernen Krone, letzterer das Comthurkreuz des Franz-Josephs-Ordens.

[Unfall.] Die Nachricht ist hierher gelangt, daß der Prinz August von Sachsen-Koburg auf seiner Herrschaft Emmenthal in Mähren bei einem Hirschjagd von einem angeschossenen Hirsch angenommen und so arg verletzt worden ist, daß er mehrere Tage in Lebensgefahr geschwebt hat. Neueren Nachrichten zufolge befindet er sich jetzt wieder außer Gefahr und auf dem Wege der Besserung. (Lpz. 3.)

[Kassel, 5. Okt.] [Oktobeifeier.] Ein von der hiesigen Bürgerschaft gebildetes Comite für die Feier des 18. Oktober, womit auch die Grundsteinlegung zu einem Denkmale für die während der westfälischen Zeit Erschossenen verbunden sein wird, hat vor einigen Tagen das Festprogramm veröffentlicht. Gestern hat nun das Comite vom Ministerium die Nachricht erhalten, daß auf Befehl des Kurfürsten die gesammte Civilstaatsdienerschaft und das sämmtliche Militär sich an der Feier beteiligen soll. Der Kurfürst hat ein Comite ernannt, bestehend aus dem Generalmajor v. Schenck, Flügeladjutant v. Meyerfeld, Major v. Meyerfeld, Hauptmann v. Ende, Ober-Finanzrat Beckel und Ober-Gerichtsrath v. Specht. Dieses Comite will sich nun mit dem ersten Comite vereinigen. (D. A. 3.)

Nußland.

Unruhen in Polen.

[# # Warschau, 5. Okt.] [Politischer Mord.] — Verhaftungen. — Contribution.] Heute früh nach 7 Uhr fand man im Hotel de l'Europe einen vor drei Tagen angekommenen und dort wohnenden, Dr. Hermann sich nennenden Mann in seinem Zimmer erdolcht. — Das umfangreiche Gebäude wurde bald von Militär umstellt, Niemand weder herein noch herausgelassen. Es ist deshalb nicht möglich, die Details der Sache genau zu kennen. Soviel scheint gewiß, daß der Mord ein politischer war. Dr. Hermann hatte sich früher schon ein paarmal mehrere Monate hier aufgehalten, und wurde als Spion angesehen. Von hier ging er bald nach Petersburg, bald nach Krakau, und in seinem hiesigen Aufenthalt war überhaupt viel Geheimnisvolles. Merkwürdig ist, daß gestern von Seiten der russischen Polizei bei Hermann eine Revision abgehalten wurde. Einige wollen darin eine Finte sehen, dem Manne dadurch einigermaßen den Schein eines Regierungseinflusses zu geben; andere meinen, daß Hermann als ein Agent Pauluzzis den Leitern des jetzigen Systems wirklich verdächtig gewesen sei, genug die Sache ist, wie Sie sehen, noch nicht genügend aufgeklärt. Inzwischen hat die Regierung, nachdem, wie versichert wird, aus Petersburg telegraphische Ermächtigung eingeholt war, das prächtige Palais confiscat und bereits in eine Kaserne umgewandelt. Sämtliche Personen, die sich darin befanden, sind in demselben gefangen. Ob sie in dieser Kaserne verbleiben oder in die Citadelle wandern, ist noch unbekannt. Unter den Verhafteten befindet sich der unglückliche Professor Kowalewski, der nach Verlust seiner unschätzbaren Bibliothek wie all seiner Habe im Zamostskischen Palais, im Hotel de l'Europe Unterkommen sucht. — Die prachtvolle Conti'sche Conditorei in diesem Gebäude, sowie der einzige ebenfalls prachtvolle Laden des Kaufmann Brünner verfallen gleichfalls der Confiscation. Der Werth des Hotels beträgt mindestens 4,000,000 polnische Gulden. Brünner wohnt nicht im Gebäude, was aber nicht hinderte, ihn aus seiner Wohnung auf der von dem Hotel entfernten Medstrasse abzuholen und unter die Gefangenen zu stecken. — Seit gestern Abend bemerkt man in den Straßen, besonders an deren Enden, verstärkte Militärbewachung, und zwar mit Karabinern bewaffnet. — Der heutige „Dziennik“ bringt Folgendes: Se. Excellenz, der funktionierende Statthalter des Königreichs hat in einem Rescript vom 2. Oktober laufenden Jahres Nachstehendes mitgetheilt: „Die Residenzstadt Warschau ist seit mehr als 2 Jahren zu einem Herd von Verbrechen und zur Hauptquelle alles über das Land schiegenden Unglücks geworden. Aus dieser Ursache sieht sich die Regierung gezwungen, die Staatsausgaben bedeutend zu vergrößern. Ebenso ist die Regierung verpflichtet, der großen Zahl der Unglücksfälle abzuholen, welche aus einer solchen Lage herrühren. Die Gerechtigkeit verlangt also, daß die erwähnten vergrößerten Ausgaben nicht den Staatschatz allein belasten, sondern daß auch die Stadt, die eine so große Zahl Verschwörer und Mörder duldet und in ihrem Schoße birgt, einen Theil der Last trägt, welche von einem solchen Zustand der Dinge herrührt. Bei diesem Zustande der Dinge bin ich gewungen, der Stadt Warschau eine außerordentliche Contribution aufzulegen. Ich befehle also: 1) Die außerordentliche Contribution ist von allen Privateigentümern von Häusern und anderer

Immobilien in Warschau im Verhältnis von 8 p.C. des Einkommens zu erheben, wie solches in dem allgemeinen Verzeichniß der Einkünfte für Häuser der Stadt Warschau und der Vorstadt Praga für das Jahr 1861 angegeben ist. 2) Diese Contribution muß bis 1. November laufenden Jahres entrichtet werden. 3) Personen, welche bis zum erwähnten Termine die Contribution nicht entrichten, sollen auf dem Wege der militärischen Execution im vergrößerten Verhältnis bis zu 12% gezwungen werden. 4) Eigentümer von Häusern und anderen Immobilien, wenn auf solchen Privatschulden hypothekarisch lasten, haben das Recht, von den gesetzlichen Zinsen dieser Schulden 8% abzuziehen. 5) Den geeigneten Behörden wird die Ausführung übertragen. — Eine Nachschrift der Commission des Innern zeigt an, daß die geeigneten Anordnungen bereits getroffen sind. — Die Abfassung dieser Verordnung kann zugleich als ein Muster der Logik und Classicität der hohen russischen Behörden dienen.

Merika.

Mexico. [Manifest des mexicanischen Congresses.] Der permanente Ausschuß des mexicanischen Congresses, welcher dem Präsidenten Benito Juarez nach San Luis de Potosi gefolgt ist, erließ unterm 12. Juli d. J. das folgende Manifest:

"Das permanente Comite des souveränen Congresses der vereinigten mexikanischen Staaten würde seine heiligste Pflicht verlegen, wenn es die scandalen Aufrüttelte, die in der Hauptstadt der Republik stattgehabt, mit Still-schweigen übergehen wollte. Die Nation ist in allen ihren Rechten bestimmt. Recht, Sitte, Gerechtigkeit, alle Prinzipien sind unter dem Druck einer ephemer fremdländischen Macht mit Füßen getreten. Eine Partei von Verrätern und aus Feiglingen bestehend, die in unseren Bürgerkriegen tauendmal besiegt wurden; eine Partei von blutdürstigen Bigoten, die, geführt vor Gefahr, Proscriptions- und Todesurtheile auf die dem Vaterlande getreuen Männer schleudert; eine Partei hab- und Chäßtiger macht sich an, die mexicanische Nation ihrer glorreichsten Titel zu bereihen: ihres Namens, den die Geschichte eingestrichen; ihrer Unabhängigkeit, die den Mut braver Bürger gründete und das Blut derselben littete; ihrer an das Herz gewachsenen Institutionen, ihrer kostbaren Freiheiten.

"Das aber sind verworrene Wesen, die, heute die kriechenden Schmeichler einer Fremdmacht, morgen von derselben mit Verachtung überhäuft werden; sie sind es, die in ihrem Mantelmuth nie aufbören, Louis Napoleon als densjenigen darzustellen, der da eine Armee mit dem größten Kostenaufwande über den Ocean sendet aus reiner Hochherzigkeit, ohne einen anderen Zweck, ohne geheime Plane und nur in der Absicht, eine läbliche (pfeuse) Mission zu erfüllen, und uns mit dem Frieden, der Freiheit, dem Glauben zu beschenken, während er unsre Ehre, die Integrität unseres Territoriums und unsre Existenz als Nation respektire.

"Der frende Feldherr aber verbündet sich durch verstellte Grobmuth mit den Verrätern, und versucht die Täuschung des Volkes durch unzusammenhängende und so wenig erklärbare Phrasen, daß zur Widerlegung derselben nicht einmal die Evidenz der Thatachen nötig ist.

"Man nennt sich Sieger, weil man, nirgends als zu Puebla einem ernstlichen Widerstand begegnet, in einem Lande von unendlicher Ausdehnung sich zweier oder dreier Städte bemächtigt hat, Städte, welche zufälliger Ursachen halber aufgegeben waren; man bildet sich ein, acht Millionen Menschen unterjocht zu haben, weil man von Vera-Cruz bis Mexico eine durch die Angriffe nationaler Waffen beständig unterbrochene Militärlinie besiegt hält; man behauptet, Herr des ganzen Landes zu sein, Geize machen und Beamte ernennen zu können, ohne einen andern Titel als den in der Formirung einer Junta, welche nur den Willen des Stärkeren repräsentirt; man ermächtigt angebliche 'Notable', alle Einwohner derselben Stadt, über die Art von Gouvernement, welches für Mexico am passendsten sei, zu bestimmen, und nach erfolgter Entscheidung zu erklären, daß die gesammelte Nation nunmehr die Ausführung des abgeschmackten, vor länger denn zwei Jahren in den Türlaufen ausgehenden Planes herbeisehne; daß sie die monarchische Form verlange, daß sie zum König einen ausländischen Prinzen wünsche. Zu all diesem kommt noch, daß eine Partei von Verrätern, um ihre Unterwerfung vor den ungerechten Eindringlingen unseres Vaterlandes zu beweisen, eine Menge der größten Niedrigkeiten begeht, von denen man vergleichbar ein Beispiel in der Geschichte sucht, und das man als etwas Unmögliches erachtet, wenn die Thatachen nicht vorlägen.

"So haben sie es denn als eine leichte Sache betrachtet, daß eine Nation ihren wichtigsten Prärogativen enthebe! So ist es ihnen denn als möglich erschienen, daß eine Nation, ein sittliches Wesen, sich des Rechtes entzünde, die Art ihres Gouvernements selbst einzusiegen, zu verändern oder abzuschaffen! So haben sie es denn in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gewählt, ein Volk tödten zu können, als ob die Mexicaner Leute wären, ihres Titel als Mexicaner ruhig aufzugeben; als ob es Leute wären, die ihre nationalen Traditionen und ihre Gewohnheiten vergeßen, das Gedächtniß ihrer Väter mit Füßen treten, und, ebenso feig als undankbar, sich gern dem Schimpfe einer Intervention unterziehen könnten, welche ihr eigentliches Ziel verbirgt, sich auf kein Rechtsprincip stützt, seine Quelle in dem nicht findet, was das Gewissen billigt, sich in der Verleumdung nährt, sich mit Verrat waffnet, den häuslichen Herd der Invasion einer brutalen Soldateska überliefert, das Privateigenthum confiscirt oder usurpiert und entwaffnete Männer und wehrlose Frauen mit der Peitsche mishandelt.

"Mögen die Verräther schreien was sie wollen, während sie das Joch fühlen, das sie sich um den Hals gelegt: die fremdländische Intervention bleibt unverträglich mit der Souveränität der Nation. Das Recht der Souveränität ist vollständig, absolut, unveräußerlich, ausschließlich. Es vermag weder im Stich gelassen, noch übertragen, noch verliehen, noch gehethst zu werden. Es gibt keine Stufe für eine begrenzte, modifizierte, begünstigte, durch fremde Bayonette aufrecht erhältene Souveränität; sie lebt nur in ihrem eigenen Leben und hat keine Christen unter einer schüligen Gewalt.

"Und warum hat vor der französischen Invasion nicht eine einzige freiwillige Manifestation zu Gunsten der Intervention stattgehabt? warum hat

kein bedeutender Mann, keine hervorragende Stadt für die Eindringlinge

Partei genommen? warum gehorsamen noch immer neun Zehntel der mexicanischen Nation den legitimten Behörden? und warum entflohen so viele friedliche Familien von ihrem Herde, nur um die Verführung mit verabscheuten Unterdrückern zu vermeiden? warum sind die tapferen Männer, die in die Hände der Franzosen gefallen waren, nach der Einnahme von Puebla entflohen, um sich den Nationaltruppen einzureihen? Und trotz dieser Beweise des unbefangbaren Widerwills gegen die Invasion hat man jehen müssen, wie sich in der Hauptstadt der Republik ein belächenswertes Gouvernement bildete, welches, nach seinem unreinen Ursprung, den Verräther der Verräther an der Spitze, ohne auf den Willen des Volkes, noch auf seine Macht basirt zu sein, keinen andern Hinterhalt als die französischen Bayonette, und kein anderes Programm als das Vergnügen eines ephemeren, unfruchtbaren und eitlen Triumphes.

"Eine neue Ära wurde durch diesen Kampf herborgerufen, der fortan hartnäckiger und blutiger als bisher auftreten wird. Das permanente Comite glaubt im Namen des Congresses und als getreues Organ des Volkswillens, der sich durch seinen thätigen Widerstand gegen die Invasion so energisch fundab, eine heilige Pflicht zu erfüllen, wenn es die seitens des Congresses, seitens des Gouvernements des Landes, seitens aller legitimen Behörden bereits gemachten Erfüllungen und Proteste hiermit erneuert und jeden unter dem Druck der Gemalten, welche in Mexico eindrangen, vollführten Act als null, nichtig und nicht geschehen erklärt. Das permanente Comite erklärt außerdem, daß es innerhalb der Grenzen der Constitution zur Stütze des aus dem freien und souveränen Willen des Volkes herborgerufenen Gouvernements, den Institutionen des Landes gemäß und bis zur nächsten National-Verfammlung, alle Energie, die der Patriotismus zu verleben vermag, einzusetzen, um Gewalt zu verhindern, die Machinationen der Verräther zu hinterreiben und die Unabhängigkeit, die Souveränität, die Freiheit der Republik zu erhalten.

Gegeben und berathen zu San Luis Potosi, den 22. Juli 1863. Unterschriften: Francesco Barco, Präsident; Joaquín Alcalde; Ponciano Arriaga; Bartolomé Almada; Jesus Castañeda; Pedro Contreras Elizalde; José Diaz Covarrubias; Francesco Gochura; Lerdo de Tejada; Genaro Leiva; Ignacio Orozco; G. Bruto; Manuel Posada; Felix Vega; Ignacio Pombo; Sekretär: Simon de la Garza y Melo, Sekretär."

Amerika.

Alexandrien. 1. October. [Die Überschwemmung des Nils] bedeckt 4000 Hectaren Landes und 5 Kilometres der Eisenbahn. Die Regierung ergreift Vorichtsmäßigregeln, um Unglücksfällen vorzubeugen. Die Armee überwacht die Dämme.

Breslau, 7. October. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Altbüchsenstrasse Nr. 43 ein schwarzer Strohhut mit Sammt-Borte besetzt und mit

einem Blumen-Bouquet verziert; Neugasse Nr. 8 acht Paar neue Stiefeln; ein an dem Verkaufsladen Oberstraße Nr. 1 zur Schau ausgehängter hellgrauer Düsseldorf-Paletot mit Hornknöpfen und mit grauer Borte besetzt; aus dem Wartesaal dritter Klasse auf dem hiesigen Central-Bahnhofe eine neue grüne Plüsch-Reisesatteltasche, enthaltend ein Kindermäntelchen, eine violettfarbene und eine weiße wollene Haube, ein Taschentuch, in welchem sich zwei Bündl islamisches Moos und zwei eiserne Lager befinden.

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein neues graues Küchenhandtuch, ein lila gemustertes tattunes Halstuch, ein Bettluch und eine buntwoll. Deden Gefunden wurden: ein grünseidener Regenschirm, zwei Hundeumhölzer mit der Steuermarke Nr. 832 und 3923 versehen, zwei weiße Taschentücher, ein Schlüssel, ein seidener Sonnenschirm, eine lederne Brieftasche, enthaltend 12½ Sgr. baares Geld, eine Passe aus dem Jahre 1862 auf den Bündermeister Albert Schweigert lautend, ein Portrait, ein Pfandschein und verschiedene andere Papiere; ein ledernes Geldtäschchen mit circa 23 Silbergr. Inhalt.

Angekommen: Fürst Hasfeld aus Schloß Trachenberg. Fürst u. Frau Fürstin Malhoubais nebst Familie aus Petersburg. Baron v. Prod, Oberst, aus Java. Oppermann, Geheimer Rath, aus Berlin. v. Diller, Major und Adjutant, aus Wien. (Pol.-Bl.)

Breslau. 6. Okt. [Generalversammlung des Vereins für Stenographie nach Stolze.] Nachdem der Vorsthende (hr. Adam) der Herrn Wegebaumeister Reitsch (ein correspondirendes Mitglied) als Guest anmelbet hatte, nahm der Verein ein vom Gabelsbergerischen Verein angebotenes Gelehrtes (das Verzeichniß seiner Mitglieder, wie der einzelnen Werke seiner Bibliothek und seine Statuten) dankbar an. Der danziger Verein macht bekannt, daß er sich mit den Vereinen in Ost- und Westpreußen zu einem größeren Ganzen, genannt "Baltischer Stenographenbund", vereinigt habe. hr. Adam meldet den Beginn eines neuen stenographischen Lehrfusses, abgeändert für den 8. Oktober. hr. Fleischer regt zur Teilnahme an dem neu gestifteten "Bergungskrätschen" an, und hr. Blümner stellt einen Antrag in Bezug auf die Mittheilung aus Briefen, welcher zum Theil Berücksichtigung gewinnt. In Striegau bemüht sich hr. Lehrer Friedrich um die Gründung eines Vereins für unser System.

y. **Kanth.** 6. Okt. [Feuer.] Heute Nachmittag gegen 3 Uhr entstand bei heftigem Südwinde in der polnizer Vorstadt eine Feuersbrunst, die in kurzer Zeit die Bebauung des Fuhrmanns Kahlert, so wie sechs gefüllte Scheuren in einen Aichenbauern verwandelte. Leider sind die Betroffenen mit sehr geringen Summen, einige gar nicht bei einer Feuer-Societät versichert.

Schweidnitz. 5. Oktbr. [Zu den Wahlen.] — Wollmarkt. Am 2. d. fand im Gasthofe zur Krone eine Versammlung der Mitglieder des hiesigen preußischen Volksvereins statt, in welcher beschlossen wurde, die Herren Graf Pückler auf Ober-Weisritz und Hauptmann v. Unverricht auf Gisdorf bei Striegau als Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufzustellen. Die Liberalen haben bis jetzt noch keine Wahlvorschlagsammlung abgehalten, sie gedenken jedoch dies nach den Urwahlen zu thun. (Dann dürfte es zu spät sein!) — Überhaupt ist an mehreren Punkten der Provinz den Liberalen mehr Rührigkeit zu empfehlen! — D. Ned.) — Heute wurde der Herbstmarkt am unserem Platze abgehalten. Obwohl sich nach dem Beispiele anderer Märkte, z. B. in Strehlen, erwartet ließ, daß derselbe nicht von besonderer Bedeutung sein würde, so ist doch das niedrig gehaltene Maß der Erwartungen noch nicht erreicht worden.

Glatz. 6. Okt.) [Zur Wahl.] Gestern Abend fand im kleinen Saale der städtischen Taberne eine Besprechung von liberalen Urwählern statt. — Da für die diesmaligen Wahlen eine Umänderung der Bezirkseintheilung hiesiger Stadt stattfindet und die betreffenden Listen noch nicht geschlossen sind, so wurde ein Wahlcomite ernannt, um die vorbereitenden Schritte zu treffen, einer später einzuberuhenden Versammlung gesinnungslückige Männer in Vorschlag zu bringen, aus welchen die Wahlmänner herangewonnen und zur Wahl empfohlen werden können.

*) Ist schon seit dem 1. Oktober bestellt. D. Ned.

Glogau. 3. Okt. [Zur Wahl.] Gestern Abend fand im kleinen Saale der städtischen Taberne eine Besprechung von liberalen Urwählern statt. — Da für die diesmaligen Wahlen eine Umänderung der Bezirkseintheilung hiesiger Stadt stattfindet und die betreffenden Listen noch nicht geschlossen sind, so wurde ein Wahlcomite ernannt, um die vorbereitenden Schritte zu treffen, einer später einzuberuhenden Versammlung gesinnungslückige Männer in Vorschlag zu bringen, aus welchen die Wahlmänner herangewonnen und zur Wahl empfohlen werden können.

*) Ist schon seit dem 1. Oktober bestellt. D. Ned.

Glogau. 3. Okt. In Folge eines Aufrufes der hiesigen Schützen-gilde, in der es heißt, daß deren ehrenvolle Christen schon seit mehr als dreihundert Jahren dafür und daß die Bürgerbücher da nicht ausbleiben dürfen, wo es sich um hochbedeutende Jubelfeier der leipziger Volkschlacht vom Jahre 1813 handelt, fand am Sonnabend eine General-Versammlung derselben statt. In dieser wurde beschlossen, zur Feier der denkwürdigen Schlacht einen festlichen Ausmarsch, ein Festzelt und ein gemeinsames Essen zu arrangieren und zu dieser Feier die drei Mitglieder, welche bei den Freiheitskriegen von 1813 bis 15 beteiligt waren, als Ehrengäste einzuladen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumtemperatur, Barometer.

Breslau, 6. Oktbr. 10 U. Ab. | 331,93 | +12,6 | SO. 1. | Heiter.
7. Oktbr. 6 U. Mrg. | 331,63 | +10,4 | SO. 1. | Heiter.

Breslau, 7. Okt. [Wasserstand.] D.-P. 12. 3. 3. U.-P. — P. 10. 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris. 6. Okt., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 67, 80, wich bis 67, 72%, stieg dann auf 67, 95, fiel abermals bis 67, 75 und schloß in matter Haltung zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93% eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 67, 75. Ital. 5proz. Rente 73, 75. Ital. neueste Anleihe — 3proz. Spanier 51%. Iprz. Spanier — Defferr. Staats-Eisenb.-Aktien 410, — Credit-Mobilier-Aktien 1177, 50. Lomb. Eisenb.-Aktien 567, 50.

London. 6. Okt., Nachm. 3 Uhr. Silber 61½—61%. Türkische Consols 53½%. Wetter schön. Consols 93%. Iprz. Spanier 48%. Meritaner 44%. 5proz. Rente 93%. Neue Russen 92%. Sardinier 88%. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 8% Sch. Wien 11 Mt. 37 Kr.

Der Dampfer "Damascus" ist mit newyorker Nachrichten vom 26. v. M. in Glasgow eingelaufen. — Gold-Agio 39%, Wechselcours auf London 153—154%.

Wien. 6. Okt., Nachm. 12 Uhr 30 Minuten. Beliebt. 5proz.

Métalliques 75, 25. 4% proz. Métalliques 67, 75. 1854er Loose 93, 75. Bank-Aktien 789, — Nordbahn 164, 40. National-Anlehen 81, 80.

Credit-Aktien 186, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 179, 25. London 111, 70. Hamburg 83, 60. Paris 44, 25. Gold — Böhmisches Westbahn 157, 50. Neue Loose 134, 90. 1860er Loose 98, 15. Lomb. Eisenbahn 248, —

Frankfurt a. M., 6. Okt., Nachm. 2½ Uhr. Destr. Spekulationspapiere etwas fest. Böhmisches Westbahn 70%. Finnland. Anleihe 88%. Schluss-Course: Ludwigshafen-Berbad 143%. Wiener Wechsel 104%. Darmst. Bank-Aktien 231. Darmst. Zettel-Bant 251½. 5proz. Métalliques 65. 4½ prozentige Métalliques 58%. 1854er Loose 81%. Destr. Österreich. National-Akt. 71. Destr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 190. Leiter. Österreich. Bantane 82. Destr. Elisabethbahn 125. Rhein-Nahebahn 28%.

Hessen-L. 87%. Destr. Elisabethbahn 125. Rhein-Nahebahn 28%. Hessische Ludwigsbahn 127%.

Hamburg. 6. Okt., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest, ziemliches Geschäft, Baluten flau. Finnland. Anleihe 87%. Gold knapper. Schluss-Course: National-Akt. 73. Destr. Credit-Aktien 82%. Vereinsbank 104%. Nordb. Bank 106%. Böhmisches 99%. Nordbahn 62%. Disconto 3%. Wien 85, 75. Petersburg 32%.

Girovool. 6. Oktbr. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. — Markt ruhig.

Berlin. 6. Okt. Das Geschäft im Ganzen hatte heute eine noch günstige Färbung angenommen. In der politischen Lage ist allerdings keine Veränderung eingetreten, doch trägt schon das Ausbleiben verhindernder Nachrichten dazu bei, die Börstenstimmung zu verbessern und einer steigenden Richtung Vorarbeit zu leisten. Mutmaßlich läßt sich hierauf auch die erheblich bessere Haltung der wiener Börse zurückführen, die sich in den dortigen Coursen nicht verfennen läßt. Nebendies herrscht in Wien in beliebten Effeten

besonders in Credit Säckenmangel. Von den österreichischen Papieren ging denn auch der Impuls zu einer steigenden Bewegung am Spekulationsmarkt aus, doch blieb auch auf sie das Geschäft, das belangreichere wenigstens, wesentlich beschränkt. Die bessere Tendenz jedoch trat in allen Effettengattungen, namentlich auch in Eisenbahnactien, sowie in inländischen und fremden Bonds, unverkennbar hervor. Von Schwankungen war die Stimmgung zwar nicht frei, der Schluß gehörte aber wieder der Haufe. Der Geldmarkt bleibt fest, aber nicht thätig. Disconto 3½%. (B.-u. H.-B.)

Berliner Börse vom 6. October 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Dividende pro 1861 1862 Z.

Aachen-Düsseldorf. 3½ 3½ 3½ 3½ 94½ G.

Aachen-Maastrich. 0 0 0 0 30½ bz.

Amsterd.-Rott. 5½ 5½ 5½ 5½ 107 G.

Berg.-Markische. 6½ 6½ 6½ 6½ 108½ G.

Berlin-Anhalt. 8½ 8½ 8½ 8½ 134½ G.